



Gemeinde
Wünnewil-Flamatt

Abstimmungs- broschüre

vom 26. April 2026

Stimmen Sie dem Entscheid des Generalrates vom 10. Dezember 2025 über die Erhöhung der Gemeindesteuern für natürliche und juristische Personen auf 86% zu?

Weitere Informationen



Im Detail

Die finanzielle Lage der Gemeinde Wünnewil-Flamatt ist im Moment noch stabil. In den nächsten Jahren wird sie sich jedoch deutlich verschlechtern. Der Grund sind die hohen Investitionen in den Werterhalt unserer Gebäude und Strassen sowie in Bezirksprojekte von insgesamt rund 29 Millionen Franken bis zum Jahr 2031 und die zu erwartenden negativen Rechnungsergebnisse in den nächsten Jahren.

Der Gemeinderat verfolgt drei wichtige Ziele im Finanzbereich:

- sorgfältig mit dem Geld umgehen
- Investitionen nach Wichtigkeit ordnen
- die Verschuldung unter Kontrolle halten

Konkret soll die Schuldenquote unter 150 Prozent bleiben, Ende 2026 werden 63 Prozent erwartet. Um dieses Ziel langfristig zu sichern, untersucht der Gemeinderat die Finanzen laufend. Er will sicherstellen, dass die Gemeinde auch in Zukunft investieren kann, gute Dienstleistungen anbietet und kommenden Generationen keine zu hohen Schulden hinterlässt.

In mehreren Sitzungen wurden mögliche Einsparungen und Verbesserungen gesucht. Dabei wurden alle Bereiche überprüft: Dienstleistungen, Ausgaben, Einnahmen, Investitionen und Steuern. Auch die Arbeitsgruppe Finanzen, bestehend aus je drei Mitgliedern des Gemeinderates und der Finanzkommission, hat sich mit der Situation befasst und die vorgeschlagenen Massnahmen getragen.

Die Gemeinde muss die gesetzlich vorgeschriebenen Leistungen erbringen. Auch freiwillige Angebote sollen möglichst erhalten bleiben, weil sie die Gemeinde lebenswert machen. Auf der Ausgabenseite werden ab 2026 rund 150 000 Franken eingespart, unter anderem durch Verzicht auf den Teuerungsausgleich für das Personal und den Gemeinderat – analog Kanton. Auf der Einnahmenseite werden zusätzliche Einnahmen von etwa 50 000 Franken pro Jahr erwartet, zum Beispiel durch Baurechte.

Zudem wurden Investitionen zeitlich nach hinten verschoben, was jährliche Einsparungen von durchschnittlich CHF 150 000 ergibt.

Diese Massnahmen reichen nicht aus. Ohne Steuererhöhung würden die Schulden stark steigen: von rund 13 Millionen Franken im Jahr 2026 auf etwa 36 Millionen Franken im Jahr 2031. Gleichzeitig würde das Eigenkapital deutlich sinken. Auch die jährlichen Defizite würden von rund 450 000 Franken auf etwa 1,5 Millionen Franken pro Jahr ansteigen. Die Schuldenquote würde bereits im 2029 das festgelegte Ziel überschreiten.

Darum schlägt der Gemeinderat eine moderate Steuererhöhung auf 86 Prozent vor. Damit wird die Steuersenkung von 2020 wieder aufgehoben. Dies ergibt jährliche Mehreinnahmen von rund 700 000 Franken.

Die Finanzkommission lehnt die Steuererhöhung ab. Sie argumentiert, die Gemeinde habe vor allem ein Ausgabenproblem, weil die Kosten stärker gestiegen seien als die Einnahmen. Der Gemeinderat widerspricht dieser Sicht.

Ein grosser Teil der Kostensteigerung ist durch externe Faktoren verursacht, etwa durch höhere Beiträge an Pflege, Spitex, Bildung oder soziale Leistungen sowie durch kantonale Vorgaben. Diese Ausgaben kann die Gemeinde nur begrenzt beeinflussen.

Zudem weist der Gemeinderat darauf hin, dass die Steuereinnahmen pro Einwohner in Wünnewil-Flamatt unter dem Durchschnitt der Gemeinden im Sensebezirk liegen und in den letzten 5 Jahren real abgenommen haben. Auch Steuerreformen und Gesetzesänderungen haben die Einnahmen deutlich reduziert. Ohne diese Veränderungen wäre das Verhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben ausgeglichener.

Ein weiterer Kritikpunkt der Finanzkommission ist, dass trotz Steuererhöhung bereits ab 2027 wieder Defizite erwartet werden. Der Gemeinderat betont, dass Finanzpläne immer Unsicherheiten enthalten und nicht die Genauigkeit eines Budgets haben. Zudem soll der Spardruck für Gemeinderat und Generalrat aufrechterhalten bleiben.

Abstimmung

Der Generalrat hat an seiner Sitzung vom 10. Dezember 2025 dem Antrag des Gemeinderates mit 28:18 Stimmen zugestimmt.

Gegen diesen Beschluss wurde das Referendum ergriffen.

Begriffserklärung

- Schuldenquote
Schulden der Gemeinde im Verhältnis zu den gesamten Steuereinnahmen.
- Baurecht
Vermietung von Gemeindebauland
- Eigenkapital
Vermögen der Gemeinde

Das sagt das Gemeindeparlament

Argumente für eine Steuererhöhung (FDP, SP-Grüne, JFL)

- **Finanziellen Spielraum sichern:** Eine moderate Steuererhöhung schafft Luft im Budget, hält den Spardruck aufrecht und gibt dem Gemeinderat Handlungsspielraum für die nächsten Jahre.
- **Service public erhalten:** Mit höheren Einnahmen lassen sich Leistungen und Angebote (z. B. Unterstützung von Vereinen, Jugendarbeit, soziale Angebote, Unterhalt von Gemeindefliegenschaften) aufrechterhalten, ohne übermässige Kürzungen.
- **Vorausschauend handeln und Schulden bremsen:** Lieber jetzt reagieren, bevor die Verschuldung weiter steigt und später drastischere Massnahmen nötig werden.
- **Attraktivität durch Leistungen statt Steuerfuss:** Die Lebensqualität der Gemeinde hängt stärker von guten Dienstleistungen als von wenigen Steuerprozenten ab; deshalb soll die Finanzierung stabilisiert werden.

Argumente gegen eine Steuererhöhung (Die Mitte, SVP, Mitte-Links)

- **Strukturelles Ausgabenproblem bleibt ungelöst:** Eine Steuererhöhung bekämpft nur Symptome; zuerst braucht es einen echten Plan zur Reduktion der dauerhaft steigenden Ausgaben.
- **Nicht nachhaltig/nur kurzfristiger Effekt:** Laut Finanzplan drohen bereits ab 2027 wieder Defizite – eine Steuererhöhung löst das Problem nicht dauerhaft.
- **Zu wenig Sparwille/Einsparpotenzial nicht genutzt:** Es gibt beeinflussbare, freiwillige Ausgaben und Personal-/Leistungsfragen, die konsequenter geprüft und reduziert werden müssen, bevor man Steuern erhöht.
- **Unpassender Zeitpunkt:** Es besteht Unsicherheit wegen kantonaler Entscheidungen – daher ist es eine Steuererhöhung «zur Unzeit».

Das sagt das Referendumskomitee

Referendum: Direkte Demokratie leben

Steuern betreffen jede Bürgerin und jeden Bürger sehr direkt. Dass die Bevölkerung mit dem Entscheid des Generalrats nicht einverstanden ist, hat das rasche Zustandekommen des Referendums gezeigt. Den Unterzeichnenden ist es wichtig, dass sie gehört werden. Dank dem Referendum haben alle Stimmberechtigten die Möglichkeit, direkte Demokratie zu leben. Ihre Sorgen um die finanzielle Zukunft der Gemeinde nehmen wir damit ernst.

Steuererhöhung 2026: Letzte Massnahme – nicht die erste

Eine Steuererhöhung ist die allerletzte Massnahme, um wieder positive Rechnungsergebnisse zu erreichen. Positive Rechnungsergebnisse sind der Schlüssel zu Selbstbestimmtheit und erlauben es der Gemeinde, aktiv zu agieren und die Zukunft zu gestalten.

Steuersenkung 2020: Mit den vorhandenen Mitteln haushälterisch umgehen

Die Steuersenkung im Jahr 2020 entlastete das finanzielle Budget der Bürgerinnen und Bürger. Die Botschaft dahinter war: «Mit den vorhandenen finanziellen Mitteln auskommen». In dieser Zeit wäre es möglich gewesen, etwas weniger investitionsfreudig zu sein und damit auf längere Sicht eine stabile Finanzlage zu erhalten. Doch leider sah der Gemeinde- und Generalrat dies nicht als Ausgangslage sparsam zu sein, wie es die Grundsätze zur Haushaltsführung im Gesetz über den Finanzhaushalt der Gemeinden fordern, und damit auch manchmal etwas unattraktivere Entscheide zu treffen. Die Absicht war, einfach die Steuern wieder zu erhöhen, wenn die Finanzen nicht ausreichen sollten. Und so kam es nun auch...

Finanzplan 2023 bis 2028: Frühwarnsignale wurden ignoriert

Bereits im Finanzplan 2023 bis 2028 kristallisierten sich die aktuellen finanziellen Schwierigkeiten heraus. Der Gemeinderat erklärte im Finanzplan: **«Es drängen sich nicht unmittelbar Massnahmen auf. Sicher aber muss die Entwicklung kritisch beobachtet werden.»** Es wurde kein Massnahmenplan erstellt, der hart priorisiert und Ausgabenreduktionen in allen Bereichen verlangt. Der Gemeinderat hat die Nettoverschuldungsquote in den Legislaturzielen bei unter 150% festgelegt. Dieses Ziel hat dazu geführt, dass sich der Gemeinderat nicht im Zugzwang gesehen hat. Der Generalrat hat trotz Ermahnungen einzelner Fraktionen die finanziellen Aspekte und die Folgekosten von Geschäften wiederholt als wenig relevant gewichtet.

Finanzplan 2026–2031: finanzielle Problematik heute (Schuldenentwicklung)

Im Jahr 2022 hat die Nettoverschuldung pro Kopf **CHF 117** betragen – ein historisches Tief.

- Seitdem wächst sie rasant an und wird, wenn es keine Veränderung gibt, im Jahr 2031 bei **CHF 5453 pro Einwohner** erwartet.
- Ein tiefer Selbstfinanzierungsgrad und hohe Investitionen führen zu einem Schuldenberg von **36 Millionen Franken** im Jahr 2031.
- Das Eigenkapital wird aufgefressen: von **15,5 Millionen (2021)** halbiert es sich nahezu bis 2031.

Die Situation ist dramatisch und erfordert jetzt Massnahmen.

Finanzkommission

Die Finanzkommission hat die aktuelle Situation eingehend geprüft und dem Generalrat ein klares NEIN zur Steuererhöhung empfohlen. In ihrem Bericht hält sie fest, dass seit 2021 der Ertrag um 24% gestiegen ist, aber in der gleichen Zeitspanne der Aufwand um 32% zugenommen hat. Die Finanzkommission sieht dringenden Handlungsbedarf und fordert dazu auf, die Kostenseite genau zu analysieren.

Eine Steuererhöhung löst das Problem nicht

Die Steuererhöhung ist ein Tropfen auf den heissen Stein und löst das Problem nicht. Sie wird nur für ein einziges positives Rechnungsergebnis im Jahr 2026 sorgen. Anschliessend werden wieder Defizite eintreten. Gleichzeitig senkt eine Steuererhöhung die Attraktivität der Gemeinde. Gerade für potenziell gute Steuerzahler sind hohe Steuerfüsse abschreckend.

Was es jetzt wirklich braucht – Taten statt Worte und Parteigeplänkel

Es ist möglich, ausgeglichene Jahresrechnungen zu erreichen, denn es wird vorausgesehen, dass sich die Steuereinnahmen auch ohne Steuererhöhung weiterhin positiv entwickeln. Die Gemeinde kann direkten Einfluss auf ca. 20% ihrer Ausgaben ausüben. Bei einem erwarteten Aufwand von 30 Millionen im 2026 sind dies immerhin 6 Millionen, welche durch Prozessoptimierung und Anpassungen von Organisationsstrukturen beeinflusst werden können. Die Gemeindeverbände verselbstständigen sich und der Verwaltungsapparat verschlingt horrende Beträge. Die versprochenen positiven Effekte auf die Gemeindefinanzen treten nicht ein. Hier sind die Delegierten gefordert, denn sie können diese Ausgabepositionen der Gemeinde direkt beeinflussen.

Der Selbstfinanzierungsgrad wird durch positive Rechnungsergebnisse verbessert werden, so dass danach wieder Investitionen aller Art in vorhandene oder neue Projekte getätigt werden können.

Drohende Schuldenbremse: Jetzt muss der Gürtel enger geschnallt werden

Kann die finanzielle Schieflage im eigenen Willen nicht stabilisiert werden, wird die Gemeinde dazu gezwungen werden. Dann müssen Massnahmen getroffen werden und die Selbstbestimmung wird entzogen. Bis dahin zu warten, ist keine nachhaltige Finanzstrategie. Die Gemeinde muss jetzt die Verantwortung für einen gesunden Finanzhaushalt übernehmen.

Stimmen Sie ab und legen Sie ein Nein! ein.

Ein Nein! zur Steuererhöhung ist ein unmissverständlicher Auftrag an den Gemeinde- und Generalrat, in der nächsten Legislatur mit den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln ihren Kernauftrag zu erfüllen und alle Massnahmen zu ergreifen, um ausgeglichene Jahresrechnungen präsentieren zu können.

Standpunkt des Gemeinderats

Der Gemeinderat empfiehlt die Anhebung des Steuersatzes auf 86% per 1. Januar 2026.

Veränderte Rahmenbedingungen

Seit der Steuersenkung 2020 haben Bund, Kanton und Gemeinde (Abschaffung Feuerwehrsteuer 4% ab 2023) Beschlüsse gefasst, die den Anstieg der Steuereinnahmen in unserer Gemeinde um jährlich CHF 1,6 Mio. bremsen. All diese Beschlüsse entlasten die Steuerzahlenden. Mit der geplanten Steuererhöhung fällt die Belastung für die Steuerzahlenden immer noch klar tiefer aus als 2019.

Die Transferzahlungen an Kanton und Gemeindeverbände sind im gleichen Zeitraum insbesondere wegen der demografischen Entwicklung um netto CHF 1,89 Mio. gestiegen. Mit diesen Zahlungen deckt die Gemeinde u.a. die Kosten für das Gesundheits- und Sozialwesen (Spitex, Pflegedürftige, Pflegeheime, Sonderbetreuung, Seniorenbetreuung), die Bildung (Primar- und Orientierungsschule) und die Sicherheit (Feuerwehr) Die Höhe dieser Zahlungen lässt sich kaum beeinflussen.

Beschlossene Massnahmen

Sparen ist für den Gemeinderat Pflicht. So überprüft er den Personaletat auf der Gemeindeverwaltung laufend. In den letzten Jahren konnten 50% Stellenprozent gekürzt werden. Weiter hat er nach eingehender Analyse der Finanzen die folgenden Massnahmen beschlossen:

- Beim Personal- und Sachaufwand ergab dies Kürzungen von rund CHF 150 000, u.a. zahlt er – analog Kanton – dem Gemeindepersonal und dem Gemeinderat keinen Teuerungsausgleich.
- Reglements Anpassungen in der Familienexternen Betreuung und die Vergabe von Bauland im Baurecht bringen Minderausgaben und Mehreinnahmen; rund CHF 50 000.
- Weiter hat der Gemeinderat die geplanten Investitionen analysiert und wo möglich auf der Zeitachse nach hinten verschoben. Damit lassen sich die Investitionsausgaben von 2026 bis 2031 um rund CHF 900 000 senken. Dies ergibt bei den Abschreibungen und Zinsen jährliche Einsparungen von durchschnittlich CHF 150 000.

Dienstleistungen für die Bevölkerung aufrechterhalten

Die Gemeinde bildet Lernende aus, ermöglicht Vereinen die kostenlose Infrastrukturnutzung, unterstützt Klassenlager, Schulreisen, den freiwilligen Schulsport, den Blockflötenunterricht, Theaterkurse, Krabbelgruppen, die Seniorenbetreuung und die Integration. Kann der Steuerfuss nicht angehoben werden, müssen Dienstleistungen massiv gekürzt oder ganz gestrichen werden.

Sichere und funktionierende Infrastruktur erhalten

Der Werterhalt der Infrastruktur ist zentral. Notwendige Investitionen wie der Unterhalt von Strassen und Sanierungsarbeiten an Gebäuden müssen umgesetzt werden können, damit die Bevölkerung auf eine funktionierende und sichere Infrastruktur zählen kann.

Kantonale Schuldenbremse abwenden

Ohne Angleichung des Steuerfusses droht mittelfristig eine hohe Verschuldung. Das hätte zur Folge, dass der Kanton die Schuldenbremse anwendet. Der Gestaltungs- und Handlungsfreiraum der Gemeinde würde massiv eingeschränkt.

Der Gemeinderat und eine deutliche Mehrheit des Generalrates sind überzeugt, dass die moderate Anhebung des Steuerfusses notwendig ist, um Wünnewil-Flamatt lebenswert und handlungsfähig zu halten.

Abstimmung vom 26. April 2026 – einfach erklärt

Um was geht es?

Die Gemeindesteuern sollen erhöht werden: für Privatpersonen von 82% auf 86%, für Unternehmen von 85,7% auf 86%. Das entspricht praktisch dem Steuersatz wie im Jahr 2019.

Warum ist das nötig?

Bund und Kanton haben Gesetze geändert. Die Gemeinde hat per 2023 die Feuerwehsteuer von 4% abgeschafft. All diese Beschlüsse entlasten den Steuerzahlenden. In der Folge nimmt die Gemeinde deshalb aber jährlich CHF 1,6 Mio. weniger ein.

Gleichzeitig müssen wir jedes Jahr FCHF 1,89 Mio. mehr ausgeben für die Bildung (Schulen), Sicherheit, das Sozialwesen und die Gesundheit (Spitex, Alters- und Pflegeheime). Dieses Geld geht an die Gemeindeverbände im Bezirk oder an den Kanton.

Könnte man weniger Geld ausgeben?

Der Gemeinderat nimmt seine Sparpflicht ernst. Er ist bestrebt, die Kosten im Griff zu haben. Deshalb hat der Gemeinderat auch frühzeitig die finanzielle Situation analysiert und Massnahmen in den Bereichen Aufwand, Ertrag, Investitionen und Dienstleistungen getroffen, die rund CHF 350 000 ausmachen. Es zeigt sich aber, dass diese ohne Steuererhöhung nicht genügen.

Was passiert bei einem NEIN?

Die Verschuldung der Gemeinde wird zunehmen. Auch dringende, geplante Investitionen müssen zurückgestellt werden, z.B. Dachsanierung PS Flamatt, Sanierung Dorfstrasse Wünnewil u.a.. Es drohen Kürzungen oder gar Streichungen von Dienstleistungen und Angeboten. Die Lebensqualität in Wünnewil-Flamatt leidet und damit auch die Attraktivität als Wohngemeinde. Für alle hat ein Nein zur Steuererhöhung spürbare Konsequenzen, u.a. für die Jugend, die Familien, die Seniorinnen und Senioren, oder für die Vereine und Organisatoren von Anlässen.

Wir handeln verantwortungsvoll und möchten, dass die Menschen weiterhin gerne in Wünnewil-Flamatt leben, sich wohl und sicher fühlen und empfehlen deshalb:

Gemeinderat

JA

Generalrat

JA (28:18)